

Der größte Teil — **zwei Drittel der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren** — besucht ein Berufskolleg. Gerade in dieser Altersstufe vollzieht sich ein grundlegender Prozess der politischen Sozialisation. Die DVPB in NRW hat aus dem Kreis ihrer Mitglieder deutliche Hinweise darauf bekommen, dass die politische Bildung an den Berufskollegs ein Schattendasein führt. Leider geben die Daten der amtlichen Schulstatistik keine Hinweise, wieviel Fachunterricht in den entsprechenden Bildungsgängen der Berufskollegs stattfindet bzw. ausgefallen ist oder fachfremd unterrichtet wird. Wünschenswert wäre, dass die amtliche Schulstatistik hier alsbald genauere Zahlen vorlegen könnte.

Bei Betrachtung der unterrichtlichen Situation drängt sich die Frage auf, warum bestimmte Schulformen und entsprechende Schülerschaften bei der politischen Bildung durch den Politikunterricht benachteiligt werden. Auch hier muss gelten, was in vielen einschlägigen Untersuchungen gefordert wird, nämlich den Zusammenhang von Herkunft und Bildung, hier insbesondere der politischen Bildung, zu entkoppeln!

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Lage an den Hauptschulen — nicht nur wegen des fachfremden Unterrichts (85 %) — besonders gravierend ist, weil der Kernlehrplan für Geschichte und Politik fast ausschließlich Geschichte enthält, die politische Bildung ist hier nur marginal vertreten.

Eine Bestandsaufnahme zur politischen Bildung an den Schulen muss auch zu dem Schluss kommen, dass in den Schulen insgesamt ein "Wirrwarr" an Fachbezeichnungen herrscht.

In den Gesamtschulen ist im Fächergeflecht von Gesellschaftslehre und Arbeitslehre — hinzu kommt noch die Arbeitslehre im Wahlpflichtbereich — der Stellenwert der politischen Bildung kaum zu erkennen. Eine Stärkung der Verbraucherbildung, wie sie offensichtlich beabsichtigt ist, muss im Blick haben, dass diese immer ein zentraler Bestandteil der politischen und ökonomischen Bildung gewesen ist. Wenn also die Verbraucherbildung einen höheren Stellenwert bekommen soll, wie passt dies in eine Gesamtkonzeption zur politischen Bildung? Verbraucherbildung ist ein originärer Bestandteil der politischen Bildung und als solche auch in den Kernlehrplänen und in den Rahmenvorgaben Politische Bildung enthalten.

Eine Bestandsaufnahme der Politischen Bildung muss auch die außerschulische und die Erwachsenenbildung in den Blick nehmen. Es existiert ein breites Einverständnis darüber, dass Menschen lebensbegleitend politische Bildung ermöglicht werden soll — im Sinne einer lebendigen Demokratie und eines funktionierenden gesellschaftlichen Miteinanders. Das Angebot der politischen Weiterbildung und Erwachsenenbildung baut darauf auf, dass die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ein Grundwissen an politischer Bildung in der Schule erfahren haben. Allgemeine und nicht-berufsbezogene Weiterbildung erreicht vor allem die Menschen, die bereits über einen besseren Bildungshintergrund und über ein starkes politisches Interesse verfügen. Um die bildungs-, demokratiefernen und weniger interessierten Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, muss die institutionalisierte politische Erwachsenenbildung ein starker Baustein innerhalb des Konzepts zur Stärkung der politischen Bildung sein.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen von Rechtspopulismus und des Erstarkens von menschenfeindlichen Aktionen, angesichts des vermehrten Zuzugs von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen sowie stark steigender Flüchtlingszahlen, angesichts der globalen Auswirkungen des Klimawandels und der kriegerischen Auseinandersetzungen muss die politische Bildung gestärkt werden. Sollen diese aktuellen und neuen Herausforderungen aktiv angegangen werden, bedarf es einer ideellen Unterstützung der politischen Bildung durch die Politik, einer starken und finanziell gut ausgestatteten Bildungslandschaft und eines Gesamtkonzepts, das auch die beschriebenen Problemlagen berücksichtigt.

Sehr geehrte Frau Ministerin, die DVPB in NRW ist weiterhin gerne bereit, Sie bei einer Gesamtkonzeption der politischen Bildung zu unterstützen. In diesem Sinne hoffen wir, dass Sie auf unsere konstruktiven Fragen und Kritikpunkte bald eingehen können. Gerne kommen wir in diesem Zusammenhang auf ein Gesprächsangebot zurück, das Frau Dr. Braun-Bau am 29. September d. J. telefonisch unterbreitete. Wir würden uns freuen, wenn dieses Gespräch möglichst bald stattfinden könnte.

Die DVPB in Nordrhein-Westfalen  
Mit freundlichen Grüßen  
Ulrich Krüger (Landesvorsitzender)

## “Brennpunkte politischer Bildung” — Das Landesforum der DVPB NW in Essen als Barcamp

Das diesjährige Landesforum der DVPB NW im Unperfekthaus in Essen am 4. November 2015 fand erstmalig im Format Barcamp statt. Angemeldet hatten sich 120 Teilnehmende, die sich an insgesamt 21 sogenannten Sessions (thematisch bestimmte Arbeitsgruppen) beteiligten. Einige Sessions wurden wegen des großen Interesses mehrfach angeboten.

Mit dem Format Barcamp unterscheidet sich dieses Landesforum von den bisherigen Formen.

Ein Barcamp ist eine sich weitgehend selbst organisierende "Mitmach-Konferenz" (Franz Patzig). Im Gegensatz zu traditionellen Konferenzen werden die konkreten Inhalte (konkret: die aufzugreifenden Brennpunkte) dieser auch als Unkonferenz bezeichneten Veranstaltung nicht von den Organisatoren bestimmt, sondern von den Teilnehmenden vor Ort selbst in Form von Sessions ausgestaltet (vgl. <http://pb-barcamp.nrw>). Der Austausch der Teilnehmenden untereinander und